

Zürich, 12. Juni 2024

In Rekordzeit über 2'700 Unterschriften gesammelt:

SVP-Referendum gegen linke Politik zustande gekommen

Im März hat die Städtzürcher Stimmbevölkerung deutlich entschieden: Ausser dem Stadtrat sollen Behördenmitglieder keine Abgangsentschädigungen mehr erhalten. Doch die linken Politiker im Gemeinderat weigern sich, den Volksentscheid umzusetzen und haben dort den Entscheid übersteuert. Deshalb hat die SVP das Referendum ergriffen. In weniger als vier Wochen hat die SVP über 2'700 Unterschriften gegen das demokratiefeindliche Treiben des Gemeinderates gesammelt.

Mit einer Reserve von über 700 Unterschriften kann bereits heute festgehalten werden: Das Referendum ist erfolgreich zustande gekommen. Die Stimmbevölkerung wird sich an der Urne nochmals äussern können, ob städtische Behördenmitglieder bei freiwilliger Kündigung hunderttausende Steuerfranken erhalten sollen oder nicht.

In der Vergangenheit erhielt zum Beispiel ein 56-jähriges Behördenmitglied bei der freiwilligen Kündigung über 680'000 Steuerfranken. Die erneute Abstimmung wird auch eine Entscheidung darüber sein, ob das demokratiefeindliche Treiben der linken Politiker im Volk getragen wird oder nicht. Die linken Gemeinderäte müssen sich unter anderem diesen Fragen stellen:

- Warum haben die linken Politiker die Umsetzungsvorlage zur SVP-Volksinitiative «Keine goldenen Fallschirme für Behördenmitglieder» vor der eigentlichen Volksabstimmung abgeschlossen? Dies ist einer Demokratie unwürdig.
- Warum weigern sich die linken Politiker, den deutlichen Volksentscheid vom März umzusetzen? Das Volk hat entschieden: Ausser dem Stadtrat sollen Behördenmitglieder keine Abgangsentschädigungen mehr erhalten.

Dass die Termine von Seiten der Stadtverwaltung so gesetzt wurden, dass die Sammelfrist gegen die Nicht-Umsetzung des Volksentscheides in die Sportferien und andere gesetzliche Feiertage fiel, konnte das Referendum nicht verhindern. In Rekordzeit hat die SVP die Unterschriften gesammelt. Das zeigt: Abgangsentschädigungen auf Kosten der Steuerzahler sind im Volk verpönt und das Unverständnis über das demokratiefeindliche Treiben der verantwortlichen Gemeinderäte ist gross.

**Die SVP wird alles daransetzen, dass der Volkswille umgesetzt wird:
Keine Abgangsentschädigungen für Behördenmitglieder!**

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Samuel Balsiger, Fraktionschef: 076 241 75 76
Gemeinderat Stephan Iten, Vertreter des Referendumskomitee: 079 763 41 62

Abzockerei-NEIN.ch